



KOMMENTAR ZU WIRTSCHAFT UND POLITIK 12/2/2017

Integristen und Identitäre

Anti-Globalisierung und Anti-Kapitalismus auf dem Vormarsch

von NORBERT F. TOFALL und THOMAS MAYER

Da die Wirtschaft ein Teil der Gesellschaft ist, haben gesellschaftliche Entwicklungen immer auch Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die sich seit der unbereinigten Finanzkrise von 2007/2008 vermehrenden integristischen und identitären Bewegungen beeinflussen deshalb nicht nur die politische Entscheidungsfindung in demokratischen Verfahren, sondern gefährden den Wohlstand der Nationen und das Wachstum des Welthandels. Anti-Globalisierung und Anti-Kapitalismus von links und rechts feiern als zentrale Programme integristischer und identitärer Bewegungen fröhliche Urständ. Die ausdifferenzierte Gesellschaft soll durch staatliche Vorgabe spezifischer Ziele integriert und zur identitätsbildenden Gemeinschaft transformiert werden. Letztlich kommt das einem Angriff auf Recht und Freiheit und auf die offene Gesellschaft gleich.

I. Das Recht als Grundlage des Wohlstands

Weit vor den ersten Anzeichen der industriellen Revolution entwickelten sich im Verlauf des 17. Jahrhunderts in den Niederlanden und England Situationen, in denen diese Länder einen steigenden Lebensstandard *trotz* einer wachsenden Bevölkerung erwirtschaften konnten. Die ehemaligen spanischen Provinzen und England be-

saßen als erste Länder in Europa Regeln und Regelsysteme, welche die einzelnen Menschen motivierten, ihr Kapital und ihre Energie in Aktivitäten zu lenken, die Wohlstand für alle produzieren.¹ Die richtigen Regeln und Regelsysteme ermöglichen Wohlstand und Wirtschaftswachstum. So wäre die im späten 18. Jahrhundert einsetzende und sich im 19. Jahrhundert entfaltende industrielle Revolution ohne eine entsprechend förderliche Entwicklung des gesellschaftlichen Regelwerks nicht möglich gewesen. Neue Absatzmöglichkeiten, effizientere Produktionsmöglichkeiten aufgrund von technischem Fortschritt oder neue revolutionäre Basisinnovationen reichen alleine nicht aus, um Wachstum und Wohlstand zu erzeugen. Notwendig sind Menschen, die bereit und motiviert sind, diese Möglichkeiten zu ergreifen und produktiv umzusetzen, und denen es überhaupt erstmal erlaubt sein muß, diese Möglichkeiten zu entwickeln und zu nutzen.²

Die Bedingungen für ökonomischen Erfolg bestehen deshalb zum einen in sicheren und wohl definierten Rechten für alle auf privates Eigentum und in der unparteiischen Durchsetzung

¹ Siehe HENRI LEPAGE: *Der Kapitalismus von morgen*, mit einem Vorwort von Wolfram Engels, Frankfurt a. M. und New York (Campus) 1979, S. 92.

² Vgl. ebd. S. 93.



von Verträgen sowie zum anderen in der Abwesenheit von Raub in jeglicher Form.³ Oder kurz: Das Recht ist die Grundlage von Wohlstand und Wachstum.

Nach Immanuel Kant ist das „angeborene Recht des Menschen ... nur ein einziges: Freiheit (Unabhängigkeit von eines anderen nötiger Willkür), sofern sie mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammen bestehen kann, ist dieses einzige, ursprüngliche, jedem Menschen kraft seiner Menschheit zustehende Recht.“⁴ Das Recht ist deshalb der Inbegriff der Bedingungen, unter denen der Wille des einen Menschen mit dem Willen des anderen Menschen unter einem allgemeinen Gesetz der Freiheit nebeneinander bestehen kann.⁵ Auf Recht gegründete Gesellschaften dürfen ihre Mitglieder deshalb nicht auf gemeinsame spezifische Ziele verpflichten, sondern nur auf die Einhaltung von Regeln, welche das friedliche Nebeneinander vielfältiger individueller Handlungen ermöglichen, die auf vielfältigen individuellen und sich gegenseitig widersprechenden Zielen beruhen können.

Der Staat hat in diesem Sinne zwar die Befugnis zur Anwendung von Zwang, um eine Verfassung von der größten Freiheit zwischen Menschen zu errichten und zu sichern. Der Staat darf jedoch keine Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen per Gesetz – und das heißt per Zwang – durchsetzen oder fördern. Der Staat hat lediglich dafür zu sorgen, daß die Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen der Menschen, also ihre individuellen

Ziele, nebeneinander bestehen können. Kein Mensch, keine Gruppe, keine noch so demokratisch gewählte Mehrheit und auch kein Staat haben das Recht, Menschen zu zwingen, auf eine bestimmte Art und Weise glücklich zu sein. Jeder Mensch hat das Recht, auf seine Art nach Glück zu streben. Das heißt, daß der Staat auch nicht das Recht hat, die Gesellschaft auf bestimmte Förderziele zu verpflichten.

Erst durch den Verzicht auf vorgegebene gemeinsame spezifische Ziele kann eine offene Gesellschaft freier Menschen entstehen, in der die verschiedenen Mitglieder von den Tätigkeiten aller anderen nicht nur trotz, sondern oft sogar aufgrund der Verschiedenheit ihrer jeweiligen Ziele profitieren.⁶

II. Offene Gesellschaft als Treiber des Wohlstands

Während das Recht die Grundlage des Wohlstands bildet, ist die offene Gesellschaft sein Treiber. Einfache und arme Agrargesellschaften entwickelten sich zu komplexen, differenzierten und reichen Industriegesellschaften, die nach innen und außen ein bestimmtes Maß an Selbststeuerungsfähigkeit besitzen.⁷ Eine besondere

³ Vgl. MANCUR OLSON: *Macht und Wohlstand. Kommunistischen und kapitalistischen Diktaturen entwachsen*, übersetzt von Gerd Fleischmann, Tübingen (Mohr) 2002, S. 2.

⁴ IMMANUEL KANT: *Die Metaphysik der Sitten*, 1797/1798, Werkausgabe Band VIII, herausgegeben von Wilhelm Weischedel, 5. Auflage, Frankfurt a. M. (Suhrkamp) 1982, AB 45, S. 345.

⁵ Vgl. ebd. AB 33, S. 337.

⁶ Siehe bspw. FRIEDRICH A. VON HAYEK: „Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung (1966)“, in: DERS.: *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung. Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie*, herausgegeben von Viktor Vanbert, Tübingen (Mohr) 2002, S. 69 – 87, hier S. 72 – 74, insbs. S. 72: „Deshalb können Begriffe wie Gemeinwohl oder öffentliches Interesse in einer freien Gesellschaft nie als Summe bestimmter anzustrebender Ziele definiert werden, sondern nur als abstrakte Ordnung, die als Ganzes nicht an irgendwelchen konkreten Zielen orientiert ist... Die große Bedeutung der spontanen Ordnung oder Nomokratie liegt darin, daß sie eine friedliche Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen der Menschen über den kleinen Kreis derjenigen hinaus ermöglicht, die dieselben konkreten Ziele verfolgen.“

⁷ Vgl. WOLFGANG ZAPF: „Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften“, in: HERMANN KORTE; BERNHARD



Bedeutung kommt bei der Entwicklung der offenen Gesellschaft der funktionalen Differenzierung zu.

Unter funktionaler Differenzierung wird die Entstehung von gesellschaftlichen Teilsystemen wie Wirtschaft, Politik, Recht, Wissenschaft, Medien, Religion, Kunst etc. verstanden, die auch als Funktionssysteme bezeichnet werden, weil sie für die Gesamtgesellschaft jeweils – und in gewissem Ausmaß selbststeuernd – unterschiedliche Funktionen erfüllen. So besteht die Aufgabe der Wissenschaft darin, falsches Wissen zu entlarven und nicht falsifiziertes Wissen zu sammeln. Die Aufgabe der Politik ist es, allgemeinverbindliche Entscheidungen herbeizuführen, die allgemeinen und abstrakten Regeln entsprechen.

Diese gesellschaftliche Arbeits- und Machtteilung in Teilsysteme bedeutet jedoch nicht, daß keine Interdependenzen zwischen den Teilsystemen bestehen. Sollte die Politik der Wissenschaft die Kriterien vorschreiben, nach denen die Wissenschaft vorzugehen hat, dann kann die Wissenschaft ihre wissenschaftliche Funktion für die Gesamtgesellschaft nicht erfüllen. Sollte die Politik der Wissenschaft vorschreiben, was wissenschaftlicher Fortschritt ist, dann wird die Wissenschaft nur sehr selten Innovationen hervorbringen.

Das Gleiche gilt, wenn die Politik der Wirtschaft Vorschriften macht, die der Handlungslogik der Wirtschaft widersprechen. Die Wirtschaft kann dann keinen Wohlstand für alle erzeugen. Umgekehrt führt eine Übertragung von wirtschaftlicher Handlungslogik (z. B. Gewinne zu maximieren) in die Politik zur Korruption der politischen Entscheidungsträger. Die Politik erfüllt dann

nicht ihre Funktion für die Gesamtgesellschaft, allgemeine und abstrakte Regeln durchzusetzen. Und besonders problematisch ist, wenn wirtschaftliche Handlungslogik im Rechtssystem verankert wird, wenn die Frage, was Recht ist, zur Frage wird, wer wieviel zahlt. Denn dann gewinnt der zahlungskräftige Dieb vor Gericht und der mittellose Bestohlene kommt nicht zu seinem Recht. Das Rechtssystem erfüllt dann nicht seine Aufgabe für das Wirtschaftssystem, nur solche wirtschaftlichen Handlungen zuzulassen, welche die Beteiligten freiwillig unter Beachtung persönlicher Haftungsrisiken eingehen, weil sie als subjektiv vorteilhaft angesehen werden und deshalb Wohlstand für alle ermöglichen.

Die von Ökonomen vielzitierte „Interdependenz der Wirtschaftsordnung mit allen übrigen Lebensordnungen“⁸ (Walter Eucken) bedeutet deshalb nicht, daß alle übrigen Lebensordnungen die Handlungslogik der Wirtschaft annehmen sollen. Die übrigen Lebensordnungen oder funktionalen Teilsysteme (Politik, Recht, Wissenschaft, Medien, Religion etc.) können ihre Leistung für die Gesamtordnung (und damit auch für das Wirtschaftssystem) nur erbringen, wenn sie ihre eigene Handlungslogik bewahren. Gerade in der Bewahrung der eigenen Handlungslogik der gesellschaftlichen Teilsysteme besteht die gesellschaftliche Arbeits- und Machtteilung in offenen Gesellschaften, die in beispielloser Weise Wohlstand für alle ermöglicht hat.

Die Gleichschaltung von Politik und Wirtschaft wie von Politik und Wissenschaft, Medien, Religion, Kunst usw. ist deshalb nichts anderes als ein prämoderner Formatfehler des Denkens, durch den die Strukturbedingungen der offenen Gesellschaft zerstört sowie Wohlstand für alle in der Gesellschaft vernichtet werden können.

SCHÄFERS (Hrsg.): *Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie*, 5. Auflage, Opladen (Leske und Budrich/UTB) 2000, S. 237 – 251, hier S. 238.

⁸ WALTER EUCKEN: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 5., unveränderte Auflage, Tübingen (Mohr) 1975, S. 14.



Den integristischen und identitären Bewegungen von rechts und links geht es mutatis mutandis um diese Gleichschaltung der Gesellschaft mittels Finalisierung, das heißt um die Re-Integration der ausdifferenzierten Gesellschaft durch verbindliche spezifische Ziele. Und es ist nur konsequent, daß Anti-Globalisierung und Anti-Kapitalismus im programmatischen Zentrum sowohl rechter als auch linker integristischer und identitärer Bewegungen stehen. Globalisierung und Kapitalismus sind Oberbegriffe für die weltweite direkte und indirekte Kooperation von Millionen und Milliarden einzelner Menschen, die innerhalb einer liberalen globalen Ordnung jeweils ihre individuellen Ziele über Ländergrenzen hinweg verfolgen. Globalisierung und Kapitalismus führen deshalb in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht zu einer geringeren Notwendigkeit territorialer Grenzen, wenn liberale Ordnungsprinzipien beachtet werden. Globale und nationale Ordnung folgen dann demselben Prinzip. Dadurch wird eine staatlich oder sonst erzwungene Finalisierung und Re-Integration der nationalen Gesellschaften mehr und mehr erschwert. Deshalb müssen Globalisierung und Kapitalismus aus Sicht der Integristen und Identitären bekämpft werden.

Um die heutigen Entwicklungen in den westlichen Gesellschaften besser fassen zu können, ist der Angriff von links auf Recht und offene Gesellschaft seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts vom Angriff von rechts der letzten Jahre zu unterscheiden. Der heute von rechts geführte Angriff kann als Gegenbewegung zum linken Angriff verstanden werden, wobei heute auch neue Formen linker Angriffe auf Recht und offene Gesellschaft beobachtbar sind. Vorbereitet wurden diese Angriffe durch die Aushöhlung der liberalen globalen Ordnung durch eine ihren eigenen Nutzen befördernde, konstruktivistische Politik der globalen Eliten. Diese haben die

Kräfte entfesselt, die nun die liberale Ordnung als solche zerstören wollen, eine Gesellschaftsordnung, welche durch die Eliten in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr korrumpiert und pervertiert wurde.⁹

III. Der Angriff von links

Der seit den 1950er Jahren in den westlichen Gesellschaften zu beobachtende Angriff von links auf Recht und die offene Gesellschaft und das heißt auf bürgerlich liberale Institutionen hatte die „Transformation des liberalen Rechtsstaats in den Sozialstaat“ (Wolfgang Abendroth) zum Ziel. Dieser Angriff war aus zwei Gründen nachhaltig erfolgreich. Erstens konnte er mit den in dieser Zeit noch bestehenden obrigkeitsstaatlichen und paternalistischen Gesellschaftsstrukturen gut begründet werden. Zweitens bediente er die überall und zu jeder Zeit zu beobachtende Sehnsucht nach Sicherheit durch staatliche Vormundschaft. So gelang es, den liberalen Begriff Zivilgesellschaft in sein genaues Gegenteil zu verkehren und so alle gesellschaftlichen Teilbereiche mehr oder weniger unter ein integrierendes Gesellschaftsprogramm zu stellen.

In der liberalen Tradition von Adam Ferguson, Adam Smith, Immanuel Kant, Alexis de Tocqueville, Lord Acton, Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek und anderen wird die individuelle Freiheit jedes Menschen durch Institutionen wie Privateigentum, Vertragsfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit und Gewerbefreiheit, aber auch durch die Autonomie der Familie sowie Religions- und Gewissensfreiheit vor der Herrschaft durch andere Menschen geschützt. Im

⁹ Für eine plastische Beschreibung der Arbeitsweise der globalen Eliten siehe SANDRA NAVIDI: *Super-Hubs: Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren*, München (FinanzBuch Verlag) 2016.



Prozeß der Transformation des liberalen Rechtsstaats in den Sozialstaat wurden diese Institutionen der Zivilgesellschaft hingegen als nicht legitimierte Herrschaftsformen des Spätkapitalismus umgewertet. Die Kurzformen dieser erfolgreichen Angriffe lauten: Eigentum ist Diebstahl, Familie ist ein Unterdrückungsapparat und Religion ist das Opium des Volkes.

Durch viele mediale, bildungs- und kulturpolitische Prozesse und bis in die Vorabendsendungen und die Figuren der populären Fernsehkrimireihe Tatort hinein¹⁰ wurden in mehr als einem halben Jahrhundert diese Umwertungen in die westlichen Gesellschaften internalisiert, die diese Transformation unter der Tarnkappe der „Demokratisierung aller Lebensbereiche“, einem Schlachtruf der 68er-Bewegung, als kollektive Selbstbefreiungsprozesse und Umsetzung emanzipatorischer Projekte feierten. Die Grundsäulen einer freien und offenen Gesellschaft wurden nicht wie in den 1920er Jahren von rechten und linken totalitären Bewegungen, den Feinden der offenen Gesellschaft, frontal angegriffen. Vielmehr wurden diese Grundsäulen und Institutionen aus der Mitte der Gesellschaft heraus langsam, aber stetig in einem Prozeß der kulturellen Evolution ausgehöhlt und zwar von Menschen, die sich eigentlich als Freunde der offenen Gesellschaft verstehen.

Daß in Deutschland heute CDU und CSU sozialdemokratische Parteien sind, die sich von der SPD und den Grünen in vielen Politikfeldern nur marginal unterscheiden,¹¹ ist auch, aber nicht

nur, die Folge dieser kulturellen Evolution. Die westlichen Gesellschaften haben sich in den letzten 60 Jahren verändert und stimmenmaximierende Parteifunktionäre haben auf diese Veränderungen reagiert. Der Marsch durch die Institutionen beschränkte sich aber nicht auf die nationale Ämter- und Machtgewinnung. Auch internationale Organisationen wurden Schritt für Schritt thematisch und personell durchdrungen. So verwundert es nicht, daß sich seit Anfang der 1990er Jahre fast jeder UN-Bericht wie ein ökologisch-soziales Parteiprogramm liest. Das nationale und internationale Agenda Setting war ausgesprochen erfolgreich.

Daß nach Immanuel Kant der Staat – als eine Vereinigung von Menschen unter Rechtsgesetze – eigentlich die Aufgabe hat, die Bedingungen zu schützen, unter denen der Wille des einen Individuums mit dem Willen der anderen Individuen unter einem allgemeinen Gesetz der Freiheit zusammen bestehen kann, wird aufgrund dieser kulturellen Evolution und der heute dominierenden Shared Mental Models (Douglass C. North) nicht mehr erkannt und schon gar nicht anerkannt. Es wird nicht erkannt und nicht anerkannt, daß der Staat keine Glücks- und Wohlfahrtsvorstellung per Gesetz – und das heißt per Zwang – durchsetzen oder fördern darf. Und es wird in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften nicht erkannt, daß deshalb die Bedingungen des Freiheitsschutzes in der Beachtung zivilgesellschaftlicher Institutionen bestehen, also in der Achtung von Institutionen wie Privateigentum, Vertragsfreiheit, Kapital-

¹⁰ Heute gibt es kaum noch einen Fernsehkommissar, der in bürgerlichen Familienverhältnissen lebt. Stattdessen werden die „alternativen“ Lebensformen dieser Figuren bis an die Grenze zur Verdrängung des eigentlichen Handlungsfadens der Filme dargestellt.

¹¹ Siehe bereits HANS JÖRG HENNECKE: „Die neuen Grundsatzprogramme der deutschen Parteien aus ordnungspolitischer Sicht“, in: *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Vol. 59 (2008), 115 – 142 sowie THOMAS DORENBURG: „Geheim-

papier aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine sozialdemokratische Partei“, in: *eigentlich frei*, Nr. 79, Februar 2008, S. 32 – 44. Die Lage hat sich in Deutschland seit diesen Analysen bis heute trotz Parteineugründungen wie die zeitweise erfolgreiche PIRATEN-Partei und die derzeit erfolgreiche AfD eher weiter verschlimmert. Noch ist nicht abschließend beurteilbar, ob die heutigen Versuche der CSU erfolgreich sein werden, sich aufgrund der Flüchtlingskrise stärker von SPD und Grünen zu unterscheiden und die Union insgesamt konservativer aufzustellen.



verkehrsfreiheit und Gewerbefreiheit, aber auch die Autonomie der Familie und die Religions- und Gewissensfreiheit.

Verantwortlich für diese gesellschaftlichen Entwicklungen sind aber sicherlich nicht die Bilderberger oder die Freimaurer oder sonstige angeblichen Verschwörer, Despoten und Tyrannen oder das „System“. Alexis de Tocqueville sah bereits im 19. Jahrhundert hellsichtig, daß die alten Begriffe Despotismus und Tyrannei nicht auf die Art der Unterdrückung passen, die den demokratischen Völkern drohe:

„Über diesen Bürgern erhebt sich eine gewaltige Vormundschaftsgewalt, die es allein übernimmt, ihr Behagen sicherzustellen und über ihr Schicksal zu wachen. Sie ist absolut, ins einzelne gehend, pünktlich, vorausschauend und milde. Sie würde der väterlichen Gewalt gleichen, hätte sie – wie diese – die Vorbereitung der Menschen auf das Mannesalter zum Ziel; sie sucht aber, im Gegenteil, die Menschen unwiderruflich in der Kindheit festzuhalten; sie freut sich, wenn es den Bürgern gut geht, vorausgesetzt, daß diese ausschließlich an ihr Wohlergehen denken. Sie arbeitet gern für ihr Glück; aber sie will allein daran arbeiten und allein darüber entscheiden; sie sorgt für ihre Sicherheit, sieht und sichert ihren Bedarf, erleichtert ihre Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Geschäfte, leitet ihre gewerblichen Unternehmungen, regelt ihre Erfolge und teilt ihren Nachlaß; könnte sie ihnen nicht vollends die Sorge, zu denken, abnehmen und die Mühe, zu leben?“¹²

Tocqueville ging davon aus, daß „diese Art einer geregelten, milden und friedlichen Knechtschaft ... sich mit einigen äußeren Formen der Freiheit besser verbinden könnte, als man denkt, und

daß es ihr nicht unmöglich wäre, sich sogar im Schatten der Volkssouveränität niederzulassen.“ Die Gefahr, die Tocqueville in demokratischen Gemeinwesen heraufziehen sieht, besteht in der schrankenlosen Herrschaft und in der Entmündigung des Volkes im Namen der Herrschaft des Volkes. Dazu bedarf es derjenigen, die gerne ihre Mitmenschen zu ihrem eigenen Wohl entmündigen wollen. Herrschsucht ist eine anthropologische Grundkonstante, weshalb es an solchen Menschen nie fehlen wird. Es bedarf zur Entmündigung des Volkes im Namen des Volkes aber auch Menschen, die sich weitgehend freiwillig entmündigen lassen, sich sogar entmündigen lassen wollen.

Der oftmals subversive und schleichende Angriff von links auf Eigentum, Familie und Religion konnte seit den 1950er Jahren nur deshalb verfangen und die westlichen Gesellschaften in einem jahrzehntelangen Prozeß nachhaltig verändern, weil er den einzelnen Menschen, statt ihnen Freiheit und Verantwortung aufzubürden, scheinbar eine Last von den Schultern genommen hat, weil er den einzelnen Menschen das Leben zumindest vordergründig bequemer und einfacher und gefahrloser gemacht hat, weil er die Last der Einhaltung von Grenzen und Regeln als spießig und kleinlich verunglimpft hat (und sich dabei auf kleinliche und spießige Bräuche berufen konnte). Wieso denn für die Folgen des eigenen Handelns haften, wenn die nicht legitimierte Herrschaftsformen des Spätkapitalismus für diese Folgen verantwortlich sind und nicht ich selbst? Die Übernahme der Haftung durch den Wohlfahrtsstaat erscheint als befreiend, obwohl sie die Unfreiheit zementiert. Wenn solche Angebote dann auch noch erfolgreich als fortschrittlich und modern und moralisch höher stehend ausgewiesen werden als eine liberale Gesellschaftsordnung, dann folgen mehr und mehr Menschen diesen Angeboten freiwillig. Und die Anbieter dieser Angebote

¹² ALEXIS DE TOCQUEVILLE: *Über die Demokratie in Amerika*, 1835/1840, herausgegeben von J. P. Mayer, Stuttgart (Reclam) 1985, S. 343.



können ihre Macht zumindest solange bequem sichern, bis die mit dieser Vorgehensweise in die Zukunft verschleppten Probleme immer größer werden und gesellschaftliche Polarisierungen und Gegenbewegungen erzeugen.

IV. Konstruktivistischer Scheinliberalismus

Das linke Modell des allumsorgenden Wohlfahrtsstaates ist immer und überall an der Wirklichkeit gescheitert. In den Staaten des „real existierenden Sozialismus“ wurde dieses Scheitern lange Zeit unter Anwendung von staatlichem Zwang geleugnet, bis die Zwangsherrschaft schließlich Ende der achtziger Jahre zusammenbrach. In den westlichen Demokratien konnte das Scheitern nicht länger geleugnet werden, als es in den Wirtschaftskrisen der siebziger Jahre offensichtlich wurde. Statt Wachstum und Wohlstand brachte das linke Modell Stagnation und Inflation, die letztlich zu politischer Machtlosigkeit und wirtschaftlichem Abstieg führten.

Die Anfang der achtziger Jahre an die Regierungen gekommene Gegenbewegung, verkörpert durch den US-Präsidenten Ronald Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher, gründete ihr Programm in der liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie. Trotz heftiger Widerstände der Anhänger des linken Modells war das liberale Programm der Gegenbewegung wirtschaftlich sehr erfolgreich. Doch wurde es von breiten Kreisen der Gesellschaft auch als Zumutung empfunden. Die von Tocqueville beschriebene Sehnsucht nach „einer geregelten, milden und friedlichen Knechtschaft“ führte zur Suche nach einem „Dritten Weg“¹³

zwischen dem harten linken und dem anspruchsvollen liberalen Modell. Verkörpert wurde dieser Dritte Weg in den neunziger Jahren durch den britischen Premierminister Tony Blair und den US-Präsidenten Bill Clinton. Ziel war es, die Vorzüge einer liberalen Wirtschaftsordnung mit der Geborgenheit des Wohlfahrtsstaates zu verbinden. Das Ergebnis war ein konstruktivistischer Scheinliberalismus, den die Konstrukteure zunehmend zu ihrem eigenen Vorteil nutzten.

Beispielhaft seien dafür Entwicklungen im Finanzbereich und in der Währungspolitik angeführt. Gemäß dem liberalen Ordnungsprinzip galt im Finanzsektor das Prinzip der „Regulierung mit der leichten Hand“. Es sei vermessen, so wurde richtig gesagt, zu glauben, daß die Regulierungsbehörde das notwendige Wissen haben könne, Finanzgeschäfte zu steuern. Gleichzeitig sollten aber staatliche Behörden helfend eingreifen, wenn Fehler bei den Finanzgeschäften zu wirtschaftlichen Kosten führten. So galt die Regel, daß die Wirtschaftspolitik gegen das Aufblähen von Finanzblasen nichts unternehmen, nach deren Platzen aber stabilisierend eingreifen solle. Dadurch, so wurde auf der Basis scheinenger wirtschaftlicher Modellrechnungen gesagt, optimiere man das Wachstum der Wirtschaft. Tatsächlich entkoppelte man aber Handlungsfreiheit von Handlungsverantwortung und Haftung. Gewinne wurden privatisiert und Verluste sozialisiert, so die richtige Erkenntnis des Volksmunds nach eingetretenem Schaden. Nach außen schien die

furt a. M. (Suhrkamp) 1997 oder auch ANTHONY GIDDENS: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Edition Zweite Moderne, herausgegeben von Ulrich Beck, ins Deutsche übersetzt von Michael Adrian, 3. Auflage, Frankfurt a. M. (Suhrkamp) 2000. Politischer Ausdruck derartiger Konzepte „Dritter Wege“ ist das sogenannte Schröder-Blair-Papier, welches der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und der britische Premierminister Tony Blair am 8. Juni 1999 vorgelegt hatten.

¹³ Siehe bspw. ANTHONY GIDDENS: *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Edition Zweite Moderne, herausgegeben von Ulrich Beck, ins Deutsche übersetzt von Joachim Schulte, 3. Auflage, Frank-



Finanzordnung liberal, nach innen war sie aber staatspaternalistisch. Es ist für die Verweigerung einer kritischen Fehleranalyse der konstruktivistischen Eliten bezeichnend, daß der Konstruktivismus aus der Finanzkrise gestärkt hervorkam. Nun ist Regulierung „mit harter Hand“ angesagt, obwohl die Anmaßung von Wissen durch den Regulierer dabei noch größer ist.

In der Währungspolitik wurde die Einführung der einheitlichen europäischen Währung im Sinne einer liberalen Ordnung mit Effizienzgewinnen durch einen größeren gemeinsamen Markt und erhöhter wirtschaftlicher Flexibilität begründet. Starre Strukturen sollten durch ungemilderten Konkurrenzdruck im einheitlichen Währungsraum gesprengt und durch wachstumsfreundliche Strukturen ersetzt werden. Hinter den Kulissen schuf man gleichzeitig Sicherheitsventile, die bei Versagen der beabsichtigten Steigerung der Flexibilität die Einheitswährung durch öffentliche Finanzierungsströme erhalten konnten. Und wie im Finanzbereich ergab sich eine Ordnung, die den Mitgliedsländern der Währungsunion erlaubte, die ihnen daraus zufallenden Gewinne zu vereinnahmen und die aus Verantwortungslosigkeit entstehenden Verluste zu vergemeinschaften. Das krassste Beispiel dafür ist Griechenland, das sich über beide Ohren verschuldete, weil dies in der Währungsunion möglich war, und sich der Zahlungsunfähigkeit durch Finanzhilfen gigantischen Ausmaßes seiner Partnerländer entzog. Dabei spielte es keine Rolle, daß sämtliche für die Währungsunion getroffenen Vereinbarungen gebrochen wurden. Für die politischen Eliten zählte nur die Erhaltung des von ihnen lancierten Projekts, koste es, was es wolle. Durch diese opportunistische Politik wurden Marktwirtschaft und liberaler Rechtsstaat nachhaltig beschädigt.

Das Scheitern des konstruktivistischen Scheinliberalismus hat aber keineswegs eine Gegenbe-

wegung zum Konstruktivismus ausgelöst. Vielmehr haben die Verlierer der von den konstruktivistischen Eliten gestalteten Politik diese mit der liberalen Ordnung assoziiert und machen nun gegen den Liberalismus mobil.

V. Gemäßigte Angriffe von rechts

Es gibt einen gemäßigten Angriff von rechts auf die liberale Rechtsordnung und einen radikalen. Seit der unbereinigten Finanzkrise von 2007/2008 und der daraus folgenden Polarisierung durch Problemverschleppung gewinnen beide zunehmend eine besondere Dynamik. Aus heutiger Perspektive wird vermutlich der gemäßigte Angriff von rechts erfolgreicher sein als der radikale, genauso wie der gemäßigte, oftmals subversiv schleichende Angriff von links erfolgreicher war als seine radikale Variante.

Der gemäßigte Angriff von rechts ist im Grunde eine nationalkonservative Variante des gegenwärtig bestehenden ökologisch-sozialen Shared Mental Model. Der Primat von Staat und Politik soll zur integrierenden Finalisierung der Gesellschaft genutzt werden, allerdings zur Integration im Sinne der eigenen Werte und Ziele. In der Kurzform läßt sich das parallel zum Angriff von links auf Eigentum, Familie und Religion skizzieren: Den Bewertungen „Eigentum ist Diebstahl“, „Familie ist ein Unterdrückungsapparat“ und „Religion ist das Opium des Volkes“ wird eben nicht die „Freiheit des Eigentums, auch international“, die „Autonomie der Familie“ und die „Religions- und Gewissensfreiheit“ entgegengehalten. Stattdessen wird der Schutz des nationalen Eigentums gefordert, weshalb man sich gegen Investitionsschutzabkommen und internationale Schiedsgerichte wendet; die Familie wird als der eigene identitätsbildende konservative Lebensstil für alle zum Kulturkampfinstrument, weshalb man gegen gleichgeschlechtliche Le-



bensformen polemisiert; und die Religion ist entsprechend der eigene identitätsbildende christliche Glaube oder Unglaube, weshalb der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Auf dieser Linie des „Eigenen“ und der „eigenen Identität“ liegen dann konsequenterweise die Äußerungen der AfD-Sprecherin Frauke Petry, die in der Zeitung „Die Welt“ die negative Konnotation des Begriffs „völkisch“ kritisierte und die gesellschaftliche Entwicklung eines gesunden Verhältnisses zu Identität und Volk forderte. Oder noch kürzer: Während sich der Angriff von links als Kulturkampf des „internationalen Sozialstaatsdenkens und gesellschaftlichen Konstruktivismus“ beschreiben läßt, kann der heutige Angriff von rechts als Kulturkampf des „nationalen Sozialstaatsdenkens und gesellschaftlichen Konstruktivismus“ bezeichnet werden.

Dieser Angriff von rechts verfängt deshalb in den letzten Jahren, weil er einerseits als Lebensstil-Opposition und Aufbau von Gegen-Macht gegen den oft subversiven und schleichenden Angriff von links wahrgenommen wird. Dieser Angriff von rechts verfängt andererseits aber auch, weil er auf die gleichen wohlfahrtsstaatlichen Prozesse zur Herrschaftssicherung bzw. -erlangung setzt wie der linke Angriff der letzten Jahrzehnte. Den Menschen wird die Entlastung von den Folgen der offenen Gesellschaft versprochen. Heute bedeutet das die Entlastung von den Folgen von Globalisierung und Kapitalismus. Die angepriesenen Mittel zur Erreichung dieser Entlastung bestehen in der Re-Integration der ausdifferenzierten Gesellschaft und der Re-Nationalisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Einer der ersten, der wohlfahrtsstaatliche Prozesse zur Herrschaftssicherung bereits im 19. Jahrhundert erfolgreich angewendet hatte, war der preußische Ministerpräsident und deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck. Durch die

Einführung der Sozialversicherungen einerseits und die Sozialistengesetze und den Kampf gegen die katholische Kirche andererseits wollte er die Herrschaft des Staates sichern. Es ging Bismarck um den Primat des Staates, nicht um einen Primat von Recht und Freiheit im Sinne von Immanuel Kant, Alexis de Tocqueville, Lord Acton, Ludwig von Mises oder Friedrich August von Hayek. Es ging Bismarck um die Steuerung der Gesellschaft, wenn auch nicht im totalitären Sinne. Dazu mußte er die Möglichkeiten begrenzen, daß sich die Gesellschaft autonom und in dezentralen freien Prozessen selbst entwickelt und daß intermediäre Gewalten – wie das Genossenschaftswesen, Gewerkschaften und die katholische Kirche – die Macht des Staates begrenzen. Aus diesem Grund konnte Bismarck auch nur wenig mit Religionsfreiheit anfangen. Mehr als 1.800 katholische Priester waren zeitweise inhaftiert. Und im Jahr 1876 waren alle katholischen Bischöfe Preußens entweder im Gefängnis oder im Exil.

VI. Radikale Angriffe von rechts

Die von der Pegida-Bewegung gepflegte Rhetorik markiert den Übergang zu radikalen Angriffen von rechts auf Recht und offene Gesellschaft. Diese Angriffe gibt es seit Jahrzehnten. Sie gewinnen aber erst in den letzten Jahren im Gewand kultureller Gegenbewegungen an Zulauf. Ziel dieser Angriffe ist nicht die Parteipolitik, sondern die Veränderung der politisch-kulturellen gesellschaftlichen Situation. Es handelt sich um einen Kulturkampf gegen das „System“, der von seinen Antreibern als Metapolitik bezeichnet wird. So beruft sich die „Identitäre Bewegung“ auf eine angebliche „Identitäre Generation“, obwohl es sich bei der Identitären Bewegung um eine relativ kleine Aktionsgruppe handelt. Ihre Angriffe bestehen in öffentlichen Aktionen wie die Besetzung des Brandenburger



Tores oder der SPD-Parteizentrale und in kulturellen Symbolhandlungen, was bereits optisch beim Besuch der Homepage der Identitären Bewegung nicht zu übersehen ist.¹⁴

Unter „Idee & Tat“ heißt es dort: „Die Identitäre Bewegung (IB) stammt ursprünglich aus Frankreich und versteht sich als metapolitischer und aktivistischer Arm der Neuen Rechten. Doch nicht nur in Frankreich, sondern auch in Österreich, in der Schweiz, in Tschechien, in Italien, den Niederlanden und eben auch in Deutschland ist die IB aktiv. Ihr geht es darum, die lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Identitäten, Kulturen und Traditionen zu erhalten und gegen die seit Jahren stattfindende Masseneinwanderung und Islamisierung sowie den moralischen Verfall unserer Demokratie und unserer Gesellschaft zu kämpfen. In klarer Abgrenzung zur und Überwindung der Alten Rechten (Nationalisten, Rassisten, Neonazis etc.) stützt sich die IB dabei auf das Konzept des Ethnopluralismus: Die Anerkennung und Achtung einer jeden Ethnie und Kultur und ihrer Souveränität auf ihrem geschichtlich gewachsenen Gebiet. Dies gilt für uns für die Völker und Stämme in Asien oder im Amazonasgebiet ebenso wie für die Völker Afrikas oder Europas. Wir lehnen den westlich-liberalen Universalismus mit seiner Globalisierung genauso ab, wie andere religiöse oder politische Utopien, die dem Rest der Welt (notfalls mit Gewalt) ihr Lebenskonzept aufzwingen und so aus Profitgier oder falsch verstandener Moral ethnokulturelle Traditionslinien zerstören.“¹⁵

Durch einen Link gelangt man auf die Seite der Identitären Generation, wo erklärt wird:

„Identität geistert seit einigen Monaten als neuer Begriff durch die rechten Zusammenhänge. Die Identitäre Bewegung hat ihn gar zum zentralen Begriff ihrer Weltanschauung und Selbstbezeichnung gemacht. Das 21. Jahrhundert steht ganz im Zeichen der Globalisierung und der herrschenden Ideologie des Liberalismus. Unsere Zeit ist geprägt von der Ausbreitung der Märkte, der Auflösung der Nationalstaaten, der Vereinheitlichung und Verwestlichung der gesamten Welt (unter dem Deckmantel von „Demokratie“ und „Menschenrechten“). Diese Entwicklungen haben klarerweise neue Fragen in einer sich immer schneller verändernden Zeit aufgeworfen, die dringend einer Beantwortung bedürfen. Die fortschreitende Auflösung der Grenzen, der Traditionen, der Völker und Kulturen unter dem Banner des Liberalismus und des „Fortschritts“ führt so auch zu einer Infragestellung der eigenen Identität.“¹⁶

Mit ausdrücklichem Bezug auf den französischen Publizisten und Vordenker der „Neuen Rechten“ Alain de Benoist wird die Identitätsfrage durch das Konzept des Ethnopluralismus beantwortet. Ethnopluralisten wollen nicht wie Rassisten andere Kulturen vernichten, sondern erhalten. Jede Kultur erhalte ihre identitätsbildende Eigenart aber nur, wenn sich die Kulturen nicht vermischen würden. Die Identität der einzelnen Menschen werde maßgeblich durch die Kollektive ethnischer, religiöser und kultureller Prägung erzeugt. Da jede individuelle Tätigkeit eine Teilnahme am Leben eines Volkes und einer Kultur darstelle, komme dem Interesse des einzelnen Menschen an sich keine Wertschätzung zu.¹⁷

¹⁴ Siehe: <http://www.identitaere-bewegung.de/>

¹⁵ <http://www.identitaere-bewegung.de/idee-tat/>

¹⁶ <http://www.identitaere-generation.info/identitaet-der-begriff-einer-wende/>

¹⁷ Siehe ALAIN DE BENOIST: *Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld (Sinus) 1985, S. 133



Deshalb lehnt Benoist sowohl den Liberalismus als auch das „Judäo-Christentum“ und damit die Menschenrechte als universalistisch (Kants angeborenes Recht des Menschen) ab. Diese hätten die ursprüngliche europäische Kultur und Religion zerstört, worunter er die polytheistische, indogermanische Urreligion versteht (antiker Paganismus).

Für Benoist ist die Globalisierung die Folge des Liberalismus. Die globale Entfesselung des Kapitals zielt auf die Zerstörung der Völker und Kulturen der Welt. Der Haupttreiber dieser Entwicklungen seien die USA. Auf dem Hintergrund dieser Vorstellungen von Benoist erklärt sich der verbreitete Anti-Amerikanismus und die unkritische Rußlandfreundlichkeit identitärer Bewegungen bereits von selbst.¹⁸ Allerdings könnte sich mit dem Einzug von Donald Trump ins Weiße Haus das Amerikabild der Identitären verändern. Zumindest die Vorstellung von Trumps Chefstrategen Steve Bannon überlappen sich teilweise mit denen der identitären Bewegungen. So ist auch Bannon ein erklärter Gegner der Globalisierung und will die USA vom internationalen Handel und von Migration abschotten. Für Bannon stellt der Islam die größte Bedrohung der amerikanischen Gesellschaft dar. Im Christentum sieht er eine identitätsstiftende Kraft zur Integration der Gesellschaft. Die ersten Amtshandlungen von Präsident Trump lassen vermuten, daß Steve Bannon erheblichen Einfluß auf Trumps Politik gewinnen könnte.

¹⁸ Zudem gibt es auffallende Parallelen zur Philosophie und Geopolitik des russischen Publizisten Alexander Dugin, der ebenfalls Feind des Liberalismus und der westlichen Werte ist. Kurz und prägnant das Spiegel-Interview mit Dugin aus dem Jahr 2014, siehe CHRISTIAN NEEF: „Jeder Westler ist ein Rassist“, in: *Der Spiegel*, Nr. 29 vom 14. Juli 2014, S. 120 – 125 und auf S. 122: „Unterschiedliche Gesellschaften haben unterschiedliche Werte. Es gibt keine universellen Werte. Die, die dafür gehalten werden, sind eine Projektion westlicher Werte. Die westliche Zivilisation ist eine rassistische, ethnozentrische Zivilisation. Jeder Westler ist ein Rassist – kein biologischer, wie Hitler, aber kulturell.“

Festzuhalten ist, daß Anti-Globalisierung, Anti-Kapitalismus und Anti-Universalismus im identitären Denken zusammengehören. „In Verbindung mit der Expansion der Märkte dient die Rhetorik der Menschenrechte als ideologische Verkleidung der Globalisierung.“¹⁹

Mit „Rhetorik der Menschenrechte“ ist das angeborene Recht im Sinne von Immanuel Kant und der universalistische oder katholische (=allumfassende) Anspruch des christlichen Menschenbildes gemeint, der sich im Naturrecht ausdrückt.

Trotz Alain de Benoists eindeutiger und aus seiner Sicht konsequenter Ablehnung des Christentums spielt das Christentum als kultureller Faktor in vielen Angriffen von rechten Identitären eine Rolle. Kulturkämpfer wie das Institut für Staatspolitik in Schnellroda verfolgen eine metapolitische Strategie der Bildung einer breiten Koalition für einen Kulturkampf gegen das System. Zu diesem Zweck werden systematisch Personen identifiziert und beworben, die auf ihre Seite kippen könnten und deshalb als Kippfiguren bezeichnet werden. Prinzipiell kommen alle Personen und Personengruppen in Betracht, die sich vom linken Kulturkampf gegen Eigentum, Familie und Religion angegriffen fühlen und so eben auch Christen und das Christentum. Da jedoch Personen, welche die Freiheit des Eigentums verteidigen oftmals für die Freiheit der Märkte und für die Globalisierung sind, kippen diese Personen nicht so leicht auf die identitäre Seite. Die Erfolgsaussichten für die Gewinnung von Kippfiguren sind bei Themen wie Familie und vor allem dem Christentum bedeutend größer.

¹⁹ ALAIN DE BENOIST: *Kritik der Menschenrechte. Warum Universalismus und Globalisierung die Freiheit bedrohen*, Berlin (Edition JF) 2004, S. 10.



Inhaltlich ergibt sich eine derartige metapolitische Strategie bereits aus den Schriften des italienischen Kulturphilosophen und Rassentheoretikers Julius Evola. Während Evola 1928 sein extrem antijüdisches und antichristliches Buch „Heidnischer Imperialismus“ vorgelegt hat, schreibt er in seinem Buch „Grundrisse der faschistischen Rassenlehre“ von 1941:

„Es gilt zu wiederholen, daß es sich prinzipiell nicht darum handeln würde, das Christentum abzulehnen oder etwa ihm gegenüber dieselbe Verständnislosigkeit zu beweisen, die dieses seinerseits dem alten „Heidentum“ gegenüber bewiesen hat und auch heute noch in großem Maße beweist. Es würde sich hingegen eventuell darum handeln, das Christentum durch ein höheres und älteres Erbgut zu vervollständigen, einige seiner Aspekte auszuschalten, die sich schwerlich mit dem Geiste der heutigen erneuernden Kräfte vertragen würden, hingegen andere wesenhaftere Aspekte zu betonen, nach welchen dieser Glaube nicht unbedingt den allgemeinen Auffassungen der arischen, vorchristlichen Geistigkeit widerstrebt.“²⁰

Daß es diese Metapolitik heute bis in die aktuelle Parteipolitik geschafft hat, belegte kürzlich der führende Ideologe der FPÖ Andreas Mölzer durch seinen Beitrag „Odin schläft nur“. Mölzer schreibt unter anderem:

„Am deutlichsten zeigt sich das Scheitern des abendländischen Christentums in unseren Tagen aber anhand des Verhältnisses zur Massenmigration und damit verbunden zum offensiven Zuwanderungsislam... Ein Eintreten der Katholischen Kirche – von der protestantischen ganz zu schweigen – für die Erhaltung der histo-

risch gewachsenen europäischen Völker und ihre national-kulturelle Identität ist jedenfalls im Zusammenhang mit der Massenmigration nirgendwo zu hören gewesen... Und dennoch gibt es auch innerhalb der neudeutschen Gesellschaft trotz Ethnomorphose durch Massenzuwanderung, trotz Neurotisierung durch den Zeitgeist und trotz der allgemeinen Dekadenz so etwas wie ein offensichtliches Bedürfnis nach den Mythen der Frühzeit... Wir (...) wollen uns einer heroischen Geschichte entsinnen: Tragischer Figuren von menschlicher Größe und auch solcher von diabolischer Niedertracht. Wir wollen Triumph und Verzweiflung vor unser geistiges Auge zaubern und uns des Traums von Freiheit und Gerechtigkeit entsinnen, den unsere Vorfäter in Urzeiten unter Odins Herrschaft träumten und dann später unter dem christlichen Patrimonium des Erzengels Michaels im Gottesreich auf Erden verwirklichen wollten. Ein Traum, der scheiterte, der aber doch die Geschichte Europas nachhaltig prägte... Die alteuropäischen Kulte (...) werden es nicht im religiösen Sinne sein, was das Christentum ablösen könnte, sie existieren aber als Mythen im Urgrund des Bewußtseins der europäischen Völker nach wie vor. Und derlei Mythen können, wie gesagt, Identität stiften.“²¹

Mölzer ignoriert dabei vollständig, daß das Christentum seine universalistische Lehre von jeher durch Transkulturation verbreitet hat. Mölzer und andere Integristen und Identitäre wie der irischstämmige Katholik Steve Bannon beurteilen die Einstellung der Kirche zur Migration nicht anhand der universalistischen christlichen Lehre, dem Naturrecht oder den Menschenrechten oder anhand Kants angeborenem Recht des Menschen, sondern anhand kulturell-identitärer Vorstellungen. Der universalistische

²⁰ JULIUS EVOLA: *Grundrisse der faschistischen Rassenlehre*, vom Verfasser in Mitarbeit von Annemarie Rasch ins Deutsche übersetzt, italienische Originalausgabe von 1941, Berlin (Erwin Runge) 1943, S. 77.

²¹ Siehe online unter:
<https://andreasmoelzer.wordpress.com/2016/12/23/odin-schlaeft-nur/>



Anspruch des Rechts, das angeborene Recht des Menschen, wird deshalb durch kulturalistische Vorstellungen bekämpft und angegriffen. Es wird nicht anerkannt, daß das angeborene Recht des Menschen nur ein einziges ist: „Freiheit (Unabhängigkeit von eines anderen nötiger Willkür), sofern sie mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammen bestehen kann, ist dieses einzige, ursprüngliche, jedem Menschen kraft seiner Menschheit zustehende Recht.“

VII. Die Rolle der Religion

In den heutigen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ist mit Blick auf den Islam die Religionsfrage als Identitäts- und Integrationsfrage zurückgekehrt. Natürlich gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Islam und Christentum, die spätestens seit der Regensburger Rede von Papst Benedikt XVI. im Jahr 2006 in vielfältiger Form öffentlich erörtert werden. Aus diesen Unterschieden kann jedoch keine Einschränkung der Religionsfreiheit abgeleitet werden.

Allerdings haben sich nicht nur mit der zunehmenden Bedeutung des salafistischen Einflusses islamistische Bewegungen entwickelt, welche einen Primat von Recht und Freiheit bekämpfen und den Anspruch erheben, ihre aus dem Islam abgeleiteten Gesellschaftsvorstellungen mittels Zwang und Gewalt durchzusetzen. Problematisch werden religiöse Bekenntnisse dann, wenn aus der Religion das Recht abgeleitet wird, andere Menschen zu zwingen, bestimmte religiöse oder sonstige Verhaltensweisen gegen ihren Willen zu befolgen, wenn also das angeborene Recht im Sinne Kants verletzt wird. Die über Jahrhunderte schrittweise gewachsene liberale Rechtsordnung ist entstanden, um allen Gesellschaftsmitgliedern die maximal mögliche indivi-

duelle Freiheit zu sichern, die nur dort ihre Grenzen findet, wo sie die Entfaltung anderer Gesellschaftsmitglieder einschränkt. Wenn aber der Gläubige nicht bereit ist, seine Religion so zu leben, daß es keine Konflikte mit dem liberalen Rechtsstaat gibt, dann muß der Rechtsstaat ihn und die ihn motivierende Lehre in die Schranken weisen. Doch ist es nicht Aufgabe der gesellschaftlichen Mehrheit, über die Inhalte von Religionen zu entscheiden.

Folglich sind sowohl Islam als auch Christentum durch Grund- und Menschenrechte, zu denen auch die Religionsfreiheit gehört, eingeschränkt. Religionsfreiheit ist im Sinne von Kant nur dann „Freiheit (Unabhängigkeit von eines anderen nötiger Willkür), sofern sie mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammen bestehen kann.“²² Und genau deshalb ist es nicht die Aufgabe des Staates, Glücks- und Wohlfahrtsvorstellungen – zu denen auch religiöse und kulturpolitische Vorstellungen gehören, seien es christliche, islamische, atheistische, „links rot grün versifft“, nationalkonservative oder deutschnational völkische – per Gesetz durchzusetzen.²³ Gleiches gilt für die

²² IMMANUEL KANT: a.a.O., AB 45, 1797/1798, S. 345. Daß die weitüberwiegende Mehrzahl der Christen diese Einschränkung heute nicht als Einschränkung empfindet, sich sogar eine christliche Säkularität und Kultur der Menschenrechte entwickelt hat, ist heute mit christlicher Dogmatik vereinbar, aber historisch alles andere als selbstverständlich. Zur christlichen Säkularität und Kultur der Menschenrechte siehe MARTIN RHONHEIMER: *Christentum und säkularer Staat. Geschichte – Gegenwart – Zukunft*. Mit einem Vorwort von Ernst-Wolfgang Böckenförde, Freiburg i. B. (Herder) 2012, S. 419 f. Es gibt aber auch heute noch christliche Gruppen, welche eine christliche Säkularität, d.h. eine doppelte Identität als Christ und Bürger, ablehnen, die Religionsfreiheit nicht mit dem christlichen Glauben für vereinbar halten und die Gesellschaft durch verbindliche christliche Werte reintegrieren wollen. Die Pius-Bruderschaft muß hier als Beispiel genannt werden.

²³ Und das gilt auch und gerade im Rahmen der These, daß die moderne politische Kultur des demokratischen Verfassungsstaates christliche Wurzeln besitzt, denn:



Familienpolitik. Die verpflichtende Zivilehe hat übrigens Bismarck im Kampf gegen die katholische Kirche eingeführt.

Der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler hatte Otto von Bismarck und seine Anhänger im Kampf gegen die katholische Kirche zurecht dahingehend charakterisiert, daß sie zuerst immer Preußen seien und dann erst Christen. Für die deutsche AfD, den französischen Front National, der österreichischen FPÖ, dem Niederländer Geert Wilders, aber auch für Kaczynski in Polen, Orban in Ungarn, Putin in Rußland und Trumps Chefstrategen Steve Bannon und ihrem „neuen Kulturkampf“ gilt das gleiche. Sie sind in erster Linie Etablierten und dann erst Christen, wenn überhaupt. Sie nutzen das Christentum für kulturpolitische integristische Forderungen, die sie per Gesetz – und das heißt per Zwang – durchsetzen wollen. Beachtet werden sollte in diesem Zusammenhang, daß Papst Benedikt XVI. nicht nur die Religionsfreiheit verteidigte, sondern 2007 im ersten Band seines Jesus-Buches mit Blick auf die dritte Versuchung Jesu Christi das christliche Kaisertum kritisiert und verurteilt hat.²⁴

„Keinesfalls wird behauptet, die politische Moderne sei schlicht und einfach etwas genuin Christliches. Das ist sie nicht. Das „Christliche“ *als solches* ist keine politische Option, auch keine für den säkularen Staat oder gar für den demokratischen Verfassungsstaat. Solches zu behaupten wäre übertrieben. Der moderne säkulare demokratische Verfassungsstaat läßt sich aus der Substanz des Christentums nicht *ableiten*. Er ist ein Produkt eines langen zivilisatorischen Prozesses und definiert sich auf einer anderen Ebene. Neuzeit, Aufklärung, Moderne sind nicht einfach Metamorphosen des Christlichen oder des Christentums, sondern Neues, das eigenständige Legitimität besitzt und einer Logik entspringt, die spezifisch neuzeitlich-politischer Natur ist, obwohl sie durch das Christentum wesentlich ermöglicht wurde“, MARTIN RHONHEIMER: *Christentum und säkularer Staat...* a.a.O., S. 385.

²⁴ „Aber kehren wir zurück zur Versuchung. Ihr wahrer Gehalt wird sichtbar, wenn wir sehen, wie sie die Geschichte hindurch immer neue Gestalt annimmt. Das christliche Kaisertum versuchte alsbald, den Glauben zum politischen Faktor der Reichseinheit zu machen. Das Reich Christi soll nun doch die Gestalt eines politi-

Der christliche Glaube darf nicht durch politische Macht durchgesetzt oder zur nationalen Identitätsbildung (Reichseinheit) instrumentalisiert werden, sondern muß vom einzelnen Menschen in freier Entscheidung angenommen und gelebt werden. Papst Benedikt XVI. wendet sich ausdrücklich gegen integristische Versuchungen einer Verschmelzung von Glauben und politischer Macht. Symbolisch hat Papst Benedikt XVI. das nach seinem Amtsantritt durch das Ablegen des Titels „Patriarch des Abendlandes“ und den Verzicht auf die Papstkrone (Tiara) im Papstwappen zum Ausdruck gebracht. Benedikt XVI. und Johannes Paul II. waren Päpste der offenen Gesellschaft, die sich vehement gegen alle Versuche von rechts und links gewehrt haben, den Glauben für politische Zwecke zu mißbrauchen, was sich bereits an ihrer Verurteilung der sogenannten Theologie der Befreiung zeigte.²⁵

schen Reiches und seines Glanzes erhalten. Der Ohnmacht des Glaubens, der irdischen Ohnmacht Jesu Christi soll durch politische und militärische Macht aufgeholfen werden. In allen Jahrhunderten ist in vielfältigen Formen diese Versuchung immer neu aufgestanden, den Glauben durch Macht sicherzustellen, und immer wieder drohte er gerade in den Umarmungen der Macht erstickt zu werden. Der Kampf um die Freiheit der Kirche, der Kampf darum, dass Jesu Reich mit keinem politischen Gebilde identisch sein kann, muss alle Jahrhunderte geführt werden. Denn der Preis der Verschmelzung von Glauben und politischer Macht besteht zuletzt immer darin, dass der Glaube in den Dienst der Macht tritt und sich ihren Maßstäben beugen muß“, JOSEPH RATZINGER / BENEDIKT XVI: *Jesus von Nazareth*, Band 1, Freiburg i. B. (Herder) 2007, S. 68 – 69.

²⁵ Beachtet werden sollte, daß Joseph Ratzinger bereits 1986 in seinem Vortrag „*Politik und Erlösung. Zum Verhältnis von Glaube, Rationalität und Irrationalem in der sogenannten Theologie der Befreiung*“, Vorträge G 279, Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften“ schrieb, dass die römisch-katholische Lehre „keine exklusiven politisch-ökonomischen Projekte anbieten (kann); sie kann keine kompakten und mit Notwendigkeit eintretenden Verheißungen geben; sie kann vor allem keine Endgültigkeit politischer Heilzustände versprechen. Denn wenn die Politik immer auf der Freiheit und immer auf der sittlichen Verantwortung des Menschen ruht, dann gibt es den endgültigen und endgültig zwingenden Fortschritt in ihr nicht“ (S. 22) „Die Werke rechtfertigen nicht, d.h. die Politik erlöst nicht, und



Entgegen der Einsichten von Benedikt XVI. und Johannes Paul II. vertritt die polnische Regierungspartei PiS einen religiösen Integristismus und ein autoritäres Politikmodell, in welchem der katholische Glaube anscheinend zur nationalen Identitätsbildung und zur parteipolitischen Herrschaftssicherung dienen soll.²⁶ Und der irischstämmige Katholik und US-Präsidentenberater Steve Bannon instrumentalisiert das Christentum für einen staatlichen Kulturkampf gegen den Islam. Die Instrumentalisierung des Christentums zum Zwecke der nationalen Identitätspolitik springt auch in Deutschland in gemäßigter Form bei der AfD ins Auge, die den Satz „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ in ihr Parteiprogramm geschrieben hat. Dabei macht es sich die AfD zu Nutze, daß sich Migranten aus dem arabischen und nord-afrikanischem Raum nur schwer in unsere Wirtschaft und Gesellschaft integrieren und viele Muslime aus dem Koran ein integristisches Gesellschaftsmodell und totalitäres Staatsverständnis ableiten. Ein nach klaren Kriterien kontrollierter Zuzug nach Deutschland und eine konsequente Durchsetzung von Recht und Gesetz für alle Einwohner eines Staatsgebietes, seien es Christen, Muslime oder Atheisten, sind aber etwas entschieden anderes als die Inanspruchnahme des Christentums für eine ethnische Kulturpolitik und nationale Identitätsbildung.

Letztlich läuft der Satz „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ drauf hinaus, daß integristischen islamischen Gesellschaftsvorstellungen integristische christliche Gesellschaftsvorstellungen entgegengesetzt werden. Mit einem Primat von Recht und Freiheit hat das nichts zu

wenn sie diesen Anspruch erhebt, wird sie zur Sklaverei“ (S. 24).

²⁶ Siehe hierzu AGNIESZKA GEHRINGER: „Polen in Schiefelage. Gegen das Recht in seinem Namen“, in: *Tichys Einblick* (online) vom 6. April 2016, abrufbar unter:

<http://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/polen-in-schiefelage/>

tun. Eine Freund-Feind-Rhetorik springt insbesondere bei der Pegida-Bewegung ins Auge. Doch ausgerechnet im entchristlichten Sachsen (mit übrigens sehr geringem Ausländer- und Islamanteil) soll das christliche Abendland gegen die Islamisierung verteidigt werden. „Christentum“ und „Islam“ dürften für die meisten Pegida-Anhänger nicht mehr als Chiffren für die „eigene Identität“ und das „ihnen Fremde“ sein. Die „eigene Identität“ geriet bereits vor 1989 durch den sozialistischen Abriß in den Köpfen und nach 1989 durch das nachwirkende geistige Vakuum unter Druck und Auflösung und versucht sich heute kollektivistisch durch ein kollektives Feindbild neu zu konstituieren.

VII. Fazit

Da die Wirtschaft ein Teil der Gesellschaft ist, haben gesellschaftliche Entwicklungen immer auch Auswirkungen auf die Wirtschaft. Besonders gilt das, wenn das Recht und die Menschenrechte, welche die Grundlage von Wachstum und Wohlstand bilden, und wenn die offene, ausdifferenzierte Gesellschaft, welche den Treiber von Wachstum und Wohlstand darstellen, angegriffen und unterminiert werden.

Integristische und identitäre Angriffe auf das Recht und die offene Gesellschaft sind in den westlichen Gesellschaften seit der unbereinigten Finanzkrise von 2007/2008 auffällig erfolgreich. Zwar wurden durch die Banken- und Staatenrettungen und durch unkonventionelle Maßnahmen der Zentralbanken eine Große Depression und große Anpassungsrezessionen verhindert und in die Zukunft verschleppt, im politischen und gesellschaftlichen Bereich ist trotzdem allen Ortes eine große Depression in Form politischer Polarisierung und Radikalisierung zu beobachten. Anti-Globalisierung und Anti-Kapitalismus von links und rechts feiern als zentrale



Programme integristischer und identitärer Bewegungen fröhliche Urständ, werden unsere gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme jedoch nicht lösen, sondern verschärfen. Für den Wohlstand der Nationen und den Welt-handel verheißt das nichts Gutes. Zwar ist es zur Zeit eher unwahrscheinlich, daß sich in den westlichen Gesellschaften die Programme radikaler Angriffe auf das Recht und die offene Gesellschaft auf Dauer politisch durchsetzen werden. Der Einfluß dieser Kulturkämpfer auf die Programme rechter und linker populistischer Parteien ist jedoch unverkennbar. Diese Parteien begünstigen in vielen Ländern bereits heute eine Politik der Re-Nationalisierung und merkantilistischen Abschottung. Die große Depression im politisch-gesellschaftlichen Bereich, die heutige Gesellschaftskrise des Westens, wird sich dadurch nicht auflösen.

Sowohl in den USA als auch in Europa sind die Stellen der politischen Führer noch unbesetzt, die den Mut, die Kompetenz und die kraftvolle Ausdauer haben, jenseits von Polarisierungen die vielen Problemverschleppungen in Politik und Wirtschaft zu beenden, einem Primat von Recht und Freiheit durchzusetzen und den integristischen und identitären Vormarsch zu stoppen. Der populistische Spuk ist nicht vom Himmel gefallen. Er dürfte jedoch schnell zu Ende sein, wenn die vielen Problemverschleppungen in Politik und Wirtschaft entschlossen angegangen werden.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2017 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autoren* Norbert F. Tofall und Prof. Dr. Thomas Mayer; *Redaktionsschluss* 12. Februar 2017